

V2522 Motion (SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Mehr Transparenz bei der Bezeichnung öffentlicher Leistungen der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. In neuen oder überarbeiteten Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen auf die Begriffe «gratis», «kostenlos», «unentgeltlich» o.ä. zu verzichten, wenn es sich um Leistungen handelt, die durch Steuergelder oder Gebühren finanziert werden. Stattdessen soll in solchen Fällen die Formulierung «aus Steuergeldern finanziert» oder «mit Gebühren finanziert» verwendet werden, um deutlich zu machen, dass die Leistungen zwar für die Nutzerin oder den Nutzer kostenlos erscheinen, aber durch die Allgemeinheit getragen werden. Bei bestehenden Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen soll die Umformulierung erst bei einer Überarbeitung erfolgen.
2. Die Gemeinde soll geeignete Massnahmen ergreifen, um die Bevölkerung auf diesen Zusammenhang aufmerksam zu machen und das Bewusstsein für den Wert und die Finanzierung öffentlicher Leistungen zu stärken. Dazu sollen auch die Kommunikationsrichtlinien der Gemeinde entsprechend angepasst werden.

Begründung

Viele Angebote und Dienstleistungen der Gemeinde – wie etwa der Schulunterricht, gewisse Sozialleistungen, Freizeitangebote oder Infrastrukturdienste – werden in der öffentlichen Kommunikation als «gratis» oder «kostenlos» bezeichnet. Dies ist aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer oder Leistungsbeziehenden zwar nicht falsch, kann aber leicht den Eindruck erwecken, diese Leistungen seien tatsächlich ohne Kosten für die Gesellschaft verbunden. Tatsächlich werden solche Leistungen durch Steuergelder finanziert – also durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Es ist daher sachlich und auch im Sinne der Transparenz angebracht, diesen Zusammenhang sichtbar zu machen. So wird der Beitrag der Bevölkerung gewürdigt und es entsteht ein bewussterer Umgang mit öffentlichen Ressourcen.

Im Sinne der Verwaltungseffizienz soll bei bestehenden Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen die Umformulierung erst bei einer Überarbeitung erfolgen.

Mittelhäusern, 05.06.2025

Reto Zbinden

Eingereicht

16.06.2025

Unterschrieben von 15 Parlamentsmitgliedern

Reto Zbinden, Roland Hofer, Kathrin Gilgen, Andrea Winzenried, Florian Moser, Mark Kobel, Dominic Amacher, Heidi Eberhard, Sandra Röthlisberger, Fabienne Marti, Roland Akeret, Arlette Mürger, Janka Hamm, Selin Lopez, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Im Falle der Erheblicherklärung der Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat in Bezug auf Ziffer 1 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf Ziffer 2 eine Richtlinie vor (siehe Beilage 1, Motionsprüfung vom 8. Juli 2025)

2. Das Motionsanliegen

Der Vorstoss verlangt, dass die Gemeinde Köniz in Zukunft bei Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen auf die Begriffe «gratis», «kostenlos» und «unentgeltlich» verzichtet, wenn es sich um öffentliche Leistungen handelt und dass die Gemeinde die Finanzierung transparent macht. Bestehende Erlasse und Dokumente sollen bei einer Überarbeitung entsprechend angepasst werden. Zudem soll die Gemeinde Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung ergreifen sowie die Kommunikationsrichtlinien entsprechend prüfen und anpassen.

Der Gemeinderat kann das Motionsanliegen im Grundsatz nachvollziehen: Es ist sinnvoll, wenn sich Nutzer:innen öffentlicher Dienstleistungen bewusst sind, dass auch unentgeltliche Angebote letztlich von der Allgemeinheit finanziert werden.

Zur Beurteilung des Vorstosses stellt sich für den Gemeinderat jedoch einerseits die Frage, ob tatsächlich ein Bedarf besteht, das Bewusstsein der Bevölkerung in dieser Hinsicht zu stärken. Andererseits ist zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Massnahmen sinnvoll und praxistauglich sind. Diese beiden Aspekte werden im Folgenden erörtert.

3. Besteht in der Gemeinde ein Bedarf, das Bewusstsein zu stärken?

In der geltenden Gesetzgebung der Gemeinde Köniz (Gemeindeordnung, Reglemente, Verordnungen) finden sich nur vereinzelt Bestimmungen, in denen die Begriffe «gratis», «kostenlos» oder «unentgeltlich» verwendet werden. Beispiele sind:

- Art. 12 Gemeindeordnung: kostenlose Vorprüfung von Initiativbegehren durch den Gemeindeschreiber;
- Art. 24 Einsichtnahme in archivierte Unterlagen: Aufwand bis 15 Min. ist gratis;
- Art. 10 Verordnung über Abstimmungen und Wahlen; kostenlose Zustellung des Werbematerials der Wählergruppen an die Stimmbürger:innen;
- Verordnung über die Benützung des Schwimmbads Köniz Weiermatt, Anhang Gebührentarif: Einzeleintritte für Kinder (bis 6 Jahre) / Schwerstbehinderte / Könizer Schulklassen und Könizer Vereine (auf Voranmeldung) sind gratis; Kästchen pro Tag (Depotmat) sind gratis (mit CHF 2 Depot);
- Art. 9c, Absatz 5 Verordnung über die Benützung der öffentlichen Parkplätze: gratis Anwohner- und/oder Besucherparkkarten an das Schweizerische Rote Kreuz für die Aktion „2 x Weihnachten“ und an notfalldienstleistende Ärzte.

Auch in amtlichen Publikationen und der öffentlichen Kommunikation werden diese Begriffe nur selten verwendet. Dies ist auch deshalb der Fall, weil es eine Kernaufgabe der Gemeinde ist, vielfältige Dienstleistungen zu erbringen, für die in der Regel keine separate Gebühr erhoben wird. Die Begriffe «gratis» oder «unentgeltlich» werden nur dann eingesetzt, wenn es im konkreten Fall sinnvoll erscheint, besonders hervorzuheben, dass für eine spezifische Leistung keine separate Gebühr von der/dem Nutzer:in verlangt wird (z.B. bei Gratiseintritten).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die erwähnten Begriffe in der Gesetzgebung wie auch in der Kommunikation der Gemeinde Köniz nur in wenigen, spezifischen Fällen Anwendung finden.

Für die Mehrheit der Gemeindedienstleistungen – wie bei anderen Staatsebenen auch – werden keine gesonderten Gebühren verlangt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass sich die Bevölkerung dieser Finanzierung durch die Allgemeinheit bewusst ist. Im dezentralen Staatsmodell der Schweiz, in dem die meisten Dienstleistungen auf Gemeindeebene erbracht werden, ist der Kontakt der Bürger:innen mit der Verwaltung eng und direkt. Zudem stimmen die Stimmberechtigten regelmässig über Steuerfragen ab, reichen ihre Steuererklärungen selbst ein, und

sehen direkt, dass ein erheblicher Anteil ihrer Steuern an die Wohnsitzgemeinde geht. Dies alles trägt wesentlich zur Transparenz und zum Bewusstsein über die staatliche Finanzierung bei.

Der Gemeinderat ist daher überzeugt, dass die allermeisten Könizer:innen wissen, dass Angebote wie Schulunterricht, Sozialhilfe, Freizeitinfrastruktur und andere Dienstleistungen durch Steuern und Gebühren finanziert werden. Entsprechend sieht er keinen Anlass, mit zusätzlichen Massnahmen gezielt auf eine Stärkung dieses Bewusstseins hinzuwirken.

4. Beurteilung der vorgeschlagenen Massnahmen

Die Motion schlägt vor, künftig in Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen auf Begriffe wie «gratis», «kostenlos» oder «unentgeltlich» zu verzichten und stattdessen die Formulierungen «aus Steuergeldern finanziert» oder «mit Gebühren finanziert» zu verwenden.

Wie in Kapitel 3 dargestellt, kommen diese Begriffe ohnehin selten vor. Wenn sie verwendet werden, dann mit dem Ziel, klarzustellen, dass für die konkrete Leistung keine separate Gebühr zu entrichten ist. Eine Ersetzung durch Begriffe wie «aus Steuergeldern finanziert» würde die Verständlichkeit und rechtliche Klarheit beeinträchtigen. Zudem könnten solche Formulierungen zu Missverständnissen führen. Ein Beispiel: Der Hinweis, dass der Gratiseneintritt für Kinder unter sechs Jahren «aus Steuergeldern finanziert» sei, könnte allenfalls fälschlich so interpretiert werden, dass nur Kinder von in Köniz steuerpflichtigen Erziehungsberechtigten davon profitieren würden.

Auch entsprechende Vorgaben und Richtlinien für eine öffentliche Kommunikation, z.B. den Schulunterricht nicht mehr als «unentgeltlich», sondern als «aus Steuergeldern finanziert» zu bezeichnen, erscheint aus Sicht des Gemeinderats wenig zielführend. Die Formulierung wäre sperriger und nicht notwendigerweise verständlicher.

Hinzu kommt die Frage der Umsetzbarkeit: Für viele Dienstleistungen ist der Finanzierungsmechanismus komplex und deshalb nur schwer vermittelbar. Die Leistungserbringung erfolgt häufig über mehrere Abteilungen oder sogar mehrere Staatsebenen hinweg. Ein Beispiel ist der Schulbetrieb: Planung, Bau, Unterhalt, Umgebungsplanung, Unterricht, Verwaltung, Reinigung, soziale Begleitung und kantonale Aufsicht greifen hier ineinander. Die entsprechenden Kosten fliessen aus verschiedenen Budgets. Zudem verfügt die Gemeinde Köniz zur (Co-)Finanzierung gewisser Leistungen Spezialfinanzierungen (z.B. Klimafonds, Mehrwertausgleichfonds), auch diese müsste konsequenterweise berücksichtigt werden. Auch Ko-Finanzierungen mit dem Kanton oder mit anderen Gemeinden (z.B. via Lastenausgleich) kommen zum Tragen und müssten berücksichtigt werden. Diese Komplexität macht es praktisch unmöglich, in allen Fällen eine einfach verständliche und vermittelbare Kommunikation zur Finanzierungsquelle zu machen - und erst recht, diese systematisch und konsistent in Erlasse und Publikationen zu integrieren.

Der Gemeinderat kommt daher zum Schluss, dass die vorgeschlagene sprachliche Umstellung nicht nur schwer umsetzbar, sondern auch inhaltlich wenig sinnvoll ist.

5. Fazit

Der Gemeinderat anerkennt das Anliegen der Motion im Grundsatz, sieht jedoch keinen konkreten Handlungsbedarf. Die Begriffe «gratis», «kostenlos» und «unentgeltlich» werden in Köniz nur selten und in begründeten Ausnahmefällen verwendet. Eine systematische Ersetzung durch die Formulierungen «aus Steuergeldern finanziert» oder «mit Gebühren finanziert» ist in der Praxis schwer umsetzbar, potenziell missverständlich und aus Sicht des Gemeinderats weder erforderlich noch zielführend.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 29. 10. 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 8. Juli 2025



Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin
T 031 970 92 02
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 8. Juli 2025 rc

V2522 Motion (SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Mehr Transparenz bei der Bezeichnung öffentlicher Leistungen der Gemeinde Köniz"
Formelle Prüfung der Motion

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt,

1. In neuen oder überarbeiteten Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen auf die Begriffe «gratis», «kostenlos», «unentgeltlich» o.ä. zu verzichten, wenn es sich um Leistungen handelt, die durch Steuergelder oder Gebühren finanziert werden. Stattdessen soll in solchen Fällen die Formulierung «aus Steuergeldern finanziert» oder «mit Gebühren finanziert» verwendet werden, um deutlich zu machen, dass die Leistungen zwar für die Nutzerin oder den Nutzer kostenlos erscheinen, aber durch die Allgemeinheit getragen werden. Bei bestehenden Erlassen, Reglementen, Publikationen und amtlichen Informationen soll die Umformulierung erst bei einer Überarbeitung erfolgen.
2. Die Gemeinde soll geeignete Massnahmen ergreifen, um die Bevölkerung auf diesen Zusammenhang aufmerksam zu machen und das Bewusstsein für den Wert und die Finanzierung öffentlicher Leistungen zu stärken. Dazu sollen auch die Kommunikationsrichtlinien der Gemeinde entsprechend angepasst werden.

Das Parlament beschliesst den Erlass, die Änderung und die Aufhebung aller Reglemente und Pläne, die nicht nach besonderer Vorschrift einem anderen Organ vorbehalten sind (Art. 44 Gemeindeordnung); Ziffer 1.

Im Rahmen seiner allgemeinen Zuständigkeit führt der Gemeinderat die Gemeinde und plant sowie koordiniert ihre Tätigkeiten; er ergreift Massnahmen und erstellt die nötigen Richtlinien; Ziffer 2.

Fazit: Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf Ziffer 1 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf Ziffer 2 eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin

